Formblatt zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteildokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

chem Gesetzentwurf haben Sie sich schrift	incli dearriver (Titel des Gesetzeurwitts) (
Vereinigung natürlicher Personen oder Sac Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Kö öffentlichen Rechts)?	hen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer hen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene örperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des ein, dann welter mit Frage 2. Wenn ja, dann welter mit Frage				
Name	Organisationsform				
Flüchtlingsrat Thüringen e.V.	Gemeinnütziger Verein				
Geschäfts- oder Dienstadresse	Flüchtlingsrat Thüringen e.V.				
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schlilerstraße 44				
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt				
Haben Sie sich als natürliche Person geä (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)	ußert, d. h. als Privatperson?				
Name	Vorname				
☐ Geschäfts- oder Dienstadresse	□ Wohnadresse				
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohn wird in keinem Fall veröffentlicht.)					
Straße, Hausnummer					
Postleitzahl, Ort					

3,	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleildokG)							
	Einsatz für die Interessen und den Schutz Geflüchteter und Migrant:innen, Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung durch Information, Beratung, Qualifizierung und Öffentlichkeitsarbeit							
	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher							
4.	□ befürwortet, ☑ abgelehnt, □ ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?							
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteildokG) Der Flüchtlingsrat Thüringen und Pro Asyl lehnen in ihrer gemeinsamen Stellungnahme das fünfte Gesetz zur Änderung des Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Gesetzentwurf der Fraktion CDU) ab. Durch den Gesetzesvorschlag ergeben sich der Einschätzung nach keinerlei positive Effekte. Es ist mit höheren Kosten, einer Zuspitzung psychosozialer Spannungen und Diskriminierungseffekten zu rechnen. Die Erstaufnahmeeinrichtung als Ort des Ankommens wird als Ort der Strafe und Sanktion implementiert. Den mannigfaltigen Ursachen für das Fehlen von Identitätspapieren wirkt der Gesetzesentwurf nicht entgegen.							
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThurBeteildokG)							
	区 ja (Hinwels: weiter mit Frage 6) □ nein							
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?							
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?							
	□ per E-Mail ☑ per Brief							
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteildokG)							
	□ ja							
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber							

7. Stimmen Sie einer Veröffentlichung ihres schrift Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThurBeteildokG)	tlichen Beiträges in der
🗴 ja	□ nein '

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort,	Datum			
Erfu	ırt, 6.10.2021	, 1	-	